



Beschluss des SPD-Landesvorstands vom 18.07.2020 in Waiblingen

## Resolution

Die SPD Baden-Württemberg erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten von Karstadt und Kaufhof. Es muss nun darum gehen, die angekündigte Schließung der Filialen von Kaufhof und KarstadtSports in Göppingen, Mannheim, Stuttgart und Stuttgart–Bad Cannstatt zu verhindern. Die baden-württembergische Landesregierung ist hier gefordert und muss umgehend ihr Engagement verstärken. Es ist bezeichnend, dass von Ministerpräsident Kretschmann zu diesem Thema bislang nichts zu hören war. In den Fällen, in denen eine Schließung scheinbar unabwendbar ist, muss die Konzernspitze ihre Kriterien transparent machen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Filialen, die gut laufen, aus Profitinteressen Einzelner dichtgemacht werden sollen. Schließlich geht es hier nicht nur um Kommunen, die wichtige Warenhäuser verlieren und denen durch die Filialschließungen der Kampf um lebendige Innenstände weiter erschwert wird, sondern um rund 260 Beschäftigte, die teils seit Jahrzehnten für den Konzern arbeiten. Sollten sie tatsächlich ihren Arbeitsplatz verlieren und Schließungen nicht abgewendet werden können, braucht es eine ordentlich ausgestattete Transfergesellschaft mit einer 12-monatigen Laufzeit und guten Qualifizierungsmaßnahmen, und zwar nicht nur für Galeria Karstadt Kaufhof, sondern auch für KarstadtSports. Das Land darf sich einer finanziellen Beteiligung nicht verschließen, um die Transfergesellschaft besser auszustatten, die Laufzeit zu verlängern und den Beschäftigten bessere Anschlussperspektiven zu ermöglichen. Die Beschäftigten erwarten, dass sich die Politik geschlossen hinter ihnen versammelt. Die SPD steht zu ihrem Wort und kämpft weiter für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Kaufhof und KarstadtSports. Grüne und CDU sollten sich anschließen und eine Unterstützung der Beschäftigten auf breiter Front ermöglichen.